

Anwaltskanzlei
Wessels-Waschkowski



Casper

Dagmar Wessels-Waschkowski
Rechtsanwältin und Berufsbetreuerin
Fachanwältin für Familienrecht
E-Mail: Info@Wessels-Waschkowski.de

Melanie Casper
Rechtsanwältin
Tätigkeitsschwerpunkte
Miet- und Sozialrecht
Wagner@Wessels-Waschkowski.de

Dorfstraße 3, 24119 Kronshagen
Telefon (0431) 788333
Telefax (0431) 788343

Mandanten - Fragebogen

Das Ziel unserer Tätigkeit ist die optimale Bearbeitung Ihrer Rechtsangelegenheit vom Erstgespräch bis zum Abschluss Ihres Mandates. Indem Sie die nachfolgenden Fragen möglichst vollständig und deutlich lesbar beantworten, unterstützen Sie uns bei unserer Arbeit. Dies erspart spätere Nachfragen und unnötigen Zeitverlust. Die aufgenommenen Daten werden selbstverständlich, wie auch alle sonstigen Informationen, streng vertraulich behandelt und unterliegen absolut der anwaltlichen Schweigepflicht.

1. Ihre Angaben

Vorname, Name: _____

Geburtsdatum, -name: _____

Familienstand: _____

Straße, Nr.: _____

Postleitzahl, Ort: _____

Telefon: _____

Mobiltelefon: _____

E-Mail: _____

Bank: _____

IBAN, BIC: _____

Beruf, Arbeitgeber: _____

Falls zutreffend ausfüllen:

Rechtsschutzversicherung: _____

Versicherungsnummer: _____

Ich habe Beratungshilfe beim Amtsgericht _____ am _____ beantragt.

Ich bin auf die Anwaltskanzlei aufmerksam geworden durch:

- ☐ die Anzeige in der Zeitschrift / Zeitung _____
- ☐ durch den Internet-Auftritt über eine Suchmaschine, wie z. B. google, bing, etc. _____
- ☐ durch den Internet-Auftritt auf _____
- ☐ durch eine Empfehlung von _____
- ☐ durch sonstiges: _____

2. Angaben zum/zur Gegner/Gegnerin

Vorname, Name: _____

Geburtsdatum, -name _____

Straße, Nr. _____

Postleitzahl, Ort _____

E-Mail _____

Bevollmächtigter _____

ggf. Versicherung _____

3. Angaben zum Fall

Sie können uns hier freiwillig einige Angaben zum Fall machen:

Abschlussklärung

Mir ist bekannt, dass die Übermittlung des ausgefüllten Aufnahmebogens noch keine Mandatsübernahme darstellt und ich über die Mandatsübernahme innerhalb von 14 Tagen informiert werde. Die Annahmeerklärung für die Mandatsübernahme wird zudem einen Hinweis zu den entstehenden Gebühren enthalten.

Durch meine Unterschrift bestätige ich, dass Merkblatt „Informationen für Mandanten“ sowie die „Hinweise zur Datenverarbeitung nach Art. 13 DSGVO“ zur Kenntnis genommen zu haben.

_____, den _____

Unterschrift

Informationen für Mandanten

1. Rechtsschutzversicherung

Grundsätzlich sind Sie als Mandant aus dem Anwaltsvertrag direkt verpflichtet, das gesetzlich geregelte oder vereinbarte Honorar zu zahlen, unabhängig davon, ob und in welcher Höhe Ihr Rechtsschutzversicherer Beträge direkt an den Anwalt erstattet. Je nach Umfang Ihres Versicherungsvertrages sind bestimmte Angelegenheiten vom Versicherungsschutz ausgenommen oder Ihr Rechtsschutzversicherer ist eventuell nicht verpflichtet, alle Gebühren des anwaltlichen Honorars zu erstatten, wie beispielsweise Fahrtkosten. Am besten sollte durch Sie selbst vorab eine Deckungszusage eingeholt sein.

2. Bedürftigkeit

Sind Sie wegen eines zu geringen Einkommens und Vermögens nicht in der Lage, die entsprechenden Anwaltsgebühren selbst zu tragen, muss dies bei der Beauftragung oder bei späterem Eintritt der Bedürftigkeit uns sofort mitgeteilt werden. Ansprüche auf Beratungshilfe oder Prozesskostenhilfe werden dann für Sie geprüft. Liegen deren Voraussetzungen nicht vor oder werden entsprechende Anträge vom Gericht abgelehnt, bleiben Sie verpflichtet, die Anwaltsgebühren zu bezahlen. Werden bei Prozesskostenhilfe die notwendige Erklärung und Nachweise über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht rechtzeitig vor Abschluss der Instanz oder des vorgeschalteten PKH-Verfahrens eingereicht, bleiben Sie verpflichtet, die entstandenen Anwaltsgebühren selbst zu tragen.

3. Vorschüsse

Gem. § 9 RVG ist der Rechtsanwalt berechtigt, für die entstandenen und voraussichtlich noch entstehenden Gebühren und Auslagen einen angemessenen Vorschuss zu fordern. Wird eine erteilte fällige Vorschusskostenrechnung nicht ausgeglichen, können nach vorheriger Androhung weitere Leistungen abgelehnt und das Mandat fristlos gekündigt werden.

4. Weisungen, Aufträge

Zur Erhebung der Klage und zur Einlegung von Rechtsmitteln und Rechtsbehelfen ist der Rechtsanwalt nur dann verpflichtet, wenn er eine darauf gerichtete ausdrückliche schriftliche Anweisung und entsprechenden Auftrag erhalten und angenommen hat. Ansonsten bleibt der Rechtsanwalt in Ihrem Interesse zur Vermeidung weiterer Kosten untätig, auch wenn Ihnen als Mandanten Rechtsnachteile drohen können.

5. Hinweis gem. § 49 b BRAO

Soweit keine Gebührenvereinbarung getroffen wird oder nicht gesetzliche Rahmengebühren gelten, richten sich insbesondere in allen Zivilsachen die zu erhebenden Gebühren nach dem Gegenstandswert, dem Wert der Rechtssache. Neben den Gebühren und Auslagen ist stets die gesetzliche Mehrwertsteuer zu bezahlen, die von uns an das Finanzamt abgeführt wird.

6. Hinweis bei Vermögensübertragungen

Auf der Grundlage des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) bieten wir unseren Mandanten Honorarvereinbarungen an, die regelmäßig unter den gesetzlichen Gebühren liegen. Die Gebühr für eine reine Erstberatung beträgt 190,00 € zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer, unabhängig vom Wert der Rechtssache.

Hinweise zur Datenverarbeitung nach Art. 13 DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Anwaltskanzlei
Wessels-Waschkowski & Casper
Dorfstraße 3
24119 Kronshagen

Telefon: 0431 – 788 333

Telefax: 0431 – 788 343

E-Mail: info@Wessels-Waschkowski.de und Wagner@Wessels-Waschkowski.de

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns kontaktieren zur Vorbereitung und/oder Durchführung eines Mandates, erheben wir folgende Informationen im Sinne Art. 4 Abs.1 Ziff 1 DSGVO („personenbezogene Daten“):

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- Informationen, die für die Verwaltung und Abrechnung Ihres Mandates notwendig sind (Bankdaten etc.)

In Fällen des Verkehrs-, Familien- und Strafrechtes kann die Erhebung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im Sinne Art. 9 Abs 1 DSGVO erforderlich sein. Dazu verwenden wir spezielle Fragebögen unserer Kanzlei. Die Datenerhebung erfolgt dabei auf Grundlage Art. 9 Abs 2 lit. a, b, c, f DSGVO. Der besonderen Schutzwürdigkeit dieser Daten wird in unserer Kanzlei durch geeignete Maßnahmen Rechnung getragen. Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Vorbereitung und Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handels- rechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind

oder Sie in eine darüberhinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

Sollte aus Ihrer Kontaktaufnahme und den mandatsvorbereitenden Maßnahmen kein Mandat entstehen, verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten solange, wie dies zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung oder der Erfüllung eines sonstigen Vertrags- oder vertragsähnlichen Verhältnisses erforderlich ist. Entfallen diese Positionen und besteht keine Aufbewahrungspflicht werden Ihre Daten gelöscht.

3. Weitergabe von Daten

Innerhalb unserer Kanzlei werden Ihre personenbezogenen Daten neben dem Verantwortlichen auch an Mitarbeiter weitergegeben, die für den Kontakt und die verwaltungs- und abrechnungsseitige Zusammenarbeit mit Ihnen beauftragt sind.

Im Rahmen von Auftragsverarbeitungen werden Ihre personenbezogenen Daten ggf. an Dienstleister weitergegeben, die für uns als Auftragsverarbeiter tätig werden: Unterstützung bzw. Wartung von EDV oder IT-Anwendungen Rechnungswesen / Steuer Sämtliche Dienstleister sind vertraglich gebunden und insbesondere dazu verpflichtet, Ihre Daten gemäß den datenschutzrechtlichen Vorgaben vertraulich zu behandeln. Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Datenübermittlung in ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nur innerhalb der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) oder in Staaten, die die Vorgaben des Art. 45, Abs. 3 DSGVO erfüllen, verarbeitet.

5. Betroffenenrechte

Nach den geltenden datenschutzrechtlichen Vorgaben stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).
- Sie haben ein Beschwerderecht bei einer zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Artikel 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist der sächsische Datenschutzbeauftragte in Dresden.
- Gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- Gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- Gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an info@Wessels-Waschkowski.de oder Wagner@Wessels-Waschkowski.de

Sofern Sie freiwillig in die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch eine entsprechende Erklärung nach Art. 6, Abs. 1, lit. a DSGVO eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen.

Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

6. Bereitstellung von Daten

Im Rahmen eines Mandats oder eines adäquaten Vertragsverhältnisses müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Aufnahme, Durchführung und Beendigung des Mandates bzw. Vertragsverhältnisses und zur Erfüllung der damit verbundenen mandatsseitigen bzw. vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir in der Regel nicht in der Lage sein, das Mandat bzw. den Vertrag mit Ihnen zu schließen oder dieses auszuführen

Stand 07/26 – Gemäß Art. 13 DSGVO Hinweise zur Datenverarbeitung